

Das Einfache, das so schwer zu zählen ist: Probleme der Streikstatistik in der Bundesrepublik Deutschland

Dribbusch, Heiner

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dribbusch, H. (2018). Das Einfache, das so schwer zu zählen ist: Probleme der Streikstatistik in der Bundesrepublik Deutschland. *Industrielle Beziehungen : Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management*, 25(3), 301-319. <https://doi.org/10.3224/indbez.v25i3.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Heiner Dribbusch*

Das Einfache, das so schwer zu zählen ist: Probleme der Streikstatistik in der Bundesrepublik Deutschland**

Zusammenfassung

Statistiken sind zunächst lediglich systematische Anordnungen von Zahlen. Sie bedürfen der Interpretation und haben inhärente Grenzen, wenn es darum geht, soziale Phänomene zu begreifen. Arbeitskämpfe sind in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Zugleich gilt, dass ohne annähernd verlässliche Streikdaten eine umfassende Arbeitskampfforschung erschwert und stattdessen Spekulation und Mystifizierung der Boden bereitet wird. Am Beispiel der statistischen Erfassung und Auswertung von Streiks in Deutschland wird gezeigt, wie schwierig es jedoch ist, eine umfassende Arbeitskampfstatistik zu erstellen. Untersucht und diskutiert werden die sich stellenden Probleme am Beispiel der amtlichen Streikstatistik der Bundesagentur für Arbeit sowie der 2008 als alternative Datensammlung etablierten Arbeitskampschätzung des WSI. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass beide Quellen ihre je eigenen Stärken und Schwächen haben und weitere Verbesserungen der quantitativen Erfassung von Arbeitskämpfen aus Sicht der Streikforschung wünschenswert wären.

Schlagwörter: Arbeitsstatistik, Datendokumentation, Industrielle Beziehungen, Arbeitskampf

It's not as simple as that: Problems associated with collecting strike statistics in Germany (and Europe)

Abstract

Statistical data is first and foremost nothing more than figures. Figures require contextualization and interpretation and they have inherent limits when it comes to grasping social phenomena. Statistics on industrial disputes are no exception. The absence of reliable strike data constitutes a major obstacle for comprehensive research on strikes and as a consequence can lead to speculation and mystification. Taking the example of the data collection on industrial disputes and the compilation process in Germany, the article explores how difficult it is to establish comprehensive statistics on strikes and lock-outs. An examination and discussion of such practical problems is offered by comparing statistics on official strikes provided by the Federal Employment Agency and the *WSI-Estimate*. Established in

* Dr. Heiner Dribbusch, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 36, 40476 Düsseldorf. Email: heiner-dribbusch@boeckler.de

** Artikel eingegangen: 5.12.17, revidierte Fassung nach doppelt-blindem Begutachtungsverfahren akzeptiert: 22.5.18

2008, the latter represents an alternative collection of data on industrial action. The article finds that both sources have their strengths and weaknesses and that further improvements in the collection of strike and lock-out data would be desirable for future strike research.

Keywords: Labour statistics, data documentation, industrial relations, industrial action (JEL: J50, J52, J53)

“All statistics, even the most authoritative, are created by people. This does not mean that they are inevitably flawed or wrong, but it does mean that we ought to ask ourselves just how the statistics we encounter were created” (Best, 2001, S. 22).

1. Einleitung: Zur Bedeutung von Streikdaten

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sind die Probleme der statistischen Erfassung und Auswertung von Streiks in Deutschland.¹ Im Mittelpunkt stehen dabei die offizielle Streikstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie die seit 2008 veröffentlichte Schätzung des Arbeitskampfgeschehens durch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, die federführend vom Autor des vorliegenden Artikels entwickelt wurde.

Statistiken sind zunächst lediglich mehr oder weniger systematische Anordnungen von Zahlen. Sie bedürfen meist der Interpretation und haben inhärente Grenzen, wenn es darum geht, soziale Phänomene zu begreifen. Streikstatistiken sind in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Das Problem beginnt schon damit, zu definieren, was überhaupt erfasst wird. Die ILO definiert den Streik als eine „[...] zeitlich begrenzte Arbeitsniederlegung durch eine oder mehrere Gruppen von Beschäftigten im Hinblick auf die Durchsetzung oder Abwehr von Forderungen, um Beschwerden Ausdruck zu verleihen oder um andere Beschäftigte in ihren Forderungen oder Beschwerden zu unterstützen“ (ILO, 1993; Übers. H.D.). Damit unterstreicht die ILO, dass der Streik eine relativ offene kollektive Aktionsform ist. Er ist weder notwendigerweise an Gewerkschaften gebunden noch zwingend auf Arbeitskämpfe beschränkt. Allerdings spielt der Streik im Kontext von Tarifverhandlungen eine zentrale Rolle, ist er doch ein zentrales Element des Handlungsrepertoires (Tilly, 1995, S. 26), mit dessen Hilfe Beschäftigte und ihre Gewerkschaften Interessen durchsetzen.

Ob in einer gegebenen Situation zum Mittel des Streiks gegriffen wird, hängt davon ab, inwiefern dieses den Beschäftigten oder ihren Gewerkschaften geeignet erscheint, sie in ihrer Zielerreichung zu unterstützen. Diese Einschätzung wird nicht zuletzt auch durch Handlungen und Strategien der Kapitaleseite oder des Staates beeinflusst. Form und Bedeutung von Streiks sind zugleich in unterschiedlichen historischen, kulturellen und institutionellen Settings verortet (siehe Ancelovici, 2011, S. 133). Welche Botschaften ein Streik aussendet und wie er von den Konfliktparteien verstanden wird, hängt dabei nicht zuletzt von den je-

1 Das Paper beruht in Teilen auf zwei Konferenzpapieren, die zusammen mit Kurt Vandaele vom ETUI (Brüssel) erstellt und vom Autor 2015 auf der III International Conference Strikes & Social Conflicts in Barcelona sowie 2016 auf der 11th ESSHC in Valencia vorgestellt wurden (Dribbusch & Vandaele, 2015 u. 2016b). Der Autor dankt allen Diskutanten/innen für die hierbei gewonnenen Anregungen, zwei anonymen Referees für wichtige Hinweise sowie Sophia Krystkowiak für die Durchsicht des Manuskripts.

weiligen Traditionen der Konfliktaustragung ab (Tilly, 1995, S. 27). Ähnliche Aktionsformen können von sehr verschiedenen Erwartungen getragen sein und je nach Situation unterschiedliche Reaktionen auslösen, wie umgekehrt auch ähnliche Botschaften über ganz unterschiedliche Aktionsformen transportiert werden können. Streiks sind somit ein sehr vielschichtiges Phänomen (Hyman, 1972; Piazza, 2005; van der Velden, Dribbusch, Lyddon & Vandaele, 2007), das mit quantitativen Daten allein nur unzureichend beschrieben und erklärt werden kann. Franzosi (1989) verweist zu Recht auf die Notwendigkeit der qualitativen Kontextualisierung zur Einordnung von Streikstatistiken. Zugleich gilt aber auch, und dies ist der Ausgangspunkt für den vorliegenden Artikel, dass ohne annähernd verlässliche Streikdaten eine umfassende Arbeitskammerforschung verhindert und stattdessen Spekulation und Mystifizierung der Boden bereitet wird.

Die folgende Darstellung beginnt mit einer Beschreibung der systematischen Probleme, die sich bei der Sammlung von Arbeitskammerdaten stellen.² Dem folgt ein kurzer historischer Abriss zur Entstehung der Streikstatistik in Deutschland, der skizziert, in welcher Tradition die amtliche Streikerfassung der Bundesrepublik steht. Schwerpunkte sind dann der Stand und die Probleme sowohl der der amtlichen Streikstatistik wie auch der *WSI-Schätzung* als Ansatz einer alternativen Arbeitskammerstatistik. Abgeschlossen wird die Darstellung nach einem knappen Vergleich von WSI-Schätzung und BA-Statistik mit einem Plädoyer für eine Verbesserung der Streikstatistik als wichtiger Quelle für die Erforschung der industriellen Konflikte. Die Feststellung von Shalev (1978, S. 11) hat noch immer Gültigkeit: '[...] for all their deficiencies, these statistics can provide an informative frame of reference'. Die Streikstatistik bleibt das Rohmaterial, das hilft, Entwicklungen und Trends industrieller Konflikte zu erkennen und ermöglicht, Vergleiche zwischen Branchen und Ländern herzustellen (Lyddon, 2007).

2. Methodische Probleme der Streikstatistik

Denjenigen, die sich in kritisch-wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse mit Statistiken auseinandersetzen, stellen sich idealtypisch vier miteinander verschränkte Fragen: Was wird eigentlich erfasst, in wessen Auftrag geschieht dies, durch wen werden die zur Verfügung stehenden Statistiken erstellt und von welchen Motiven und Interessen wird ihre Erstellung geleitet? Die Arbeitskammerstatistik macht hier keine Ausnahme.

Bereits die Frage, was überhaupt gezählt werden soll, ist alles andere als trivial. Im deutschen Sprachgebrauch umfasst das Wort „Streik“ sowohl die einzelne Arbeitsniederlegung wie auch den aus mehreren Arbeitsniederlegungen bestehenden „Arbeitskampf“. „Ein Streik“ kann zudem eine sehr kleine, auf wenige Stunden oder gar Minuten begrenzte Arbeitsniederlegung zweier Beschäftigter sein, wie auch ein wochenlanger Flächenstreik mit zehntausenden von Beteiligten. Arbeitsniederlegungen aus Protest gegen politische Entscheidungen sind in Deutschland rechtlich umstritten, finden aber gelegentlich als „Demonstrationen während der Arbeitszeit“, so der gewerkschaftliche Sprachgebrauch, den-

2 Zu den speziellen Problemen, die sich bei der Erfassung von Aussperrungsdaten stellen, siehe: Kalbitz (1972a, b) und Spode, Volkmann, Morsch & Hudemann (1992). Seit 1984 sind Aussperrungen in der Fläche ausgeblieben.

noch statt. Schließlich gibt es neben Arbeitsniederlegungen im Kontext von Tarifverhandlungen auch spontane aus betrieblichen Anlässen heraus entstehende Arbeitsniederlegungen, die in manchen Fällen von Gewerkschaften stillschweigend geduldet oder auch initiiert werden, in anderen aber auch ohne deren Beteiligung oder gegen ihren Willen stattfinden. Viele dieser informellen Arbeitsniederlegungen werden nicht öffentlich bekannt.

Die erste Entscheidung, die beim Sammeln von Arbeitskampfdaten getroffen werden muss, bezieht sich deshalb darauf, welche Ereignisse erfasst werden sollen und wie diese ausgewertet werden.

Durchaus kompliziert ist auch die Frage, wer als Streikende/r gezählt wird. Sind es nur diejenigen, die persönlich die Arbeit niederlegen, oder zählen auch diejenigen mit, die auf Grund der Arbeitsniederlegung Dritter die Arbeit einstellen müssen? Wie wird gezählt, wenn es innerhalb eines Arbeitskampfes zu mehreren Streiks kommt, die zeitlich deutlich voneinander getrennt stattfinden?

Und auch bei der Frage der Dauer stellt sich die Frage, was und wie gezählt werden soll. Was ist, wenn Beschäftigte kollektiv den Arbeitsplatz verlassen, dafür aber Überstunden abfeiern oder ihr Gleitzeitkonto in Anspruch nehmen?

Schließlich stellt sich die Frage, wie die erhobenen Daten zusammengefasst und dargestellt werden. Nicht zuletzt ist die Frage, ob und wenn ja welche Schwellenwerte verwendet werden. Es ist ein großer Unterschied ob wie in Dänemark, die amtliche Statistik den Anspruch erhebt, alle Arbeitsniederlegungen inklusive kurzer inoffizieller Streiks zu erfassen oder ob wie in den USA Streiks nur dann in die Statistik einbezogen werden, wenn sie mindestens 1.000 Beteiligte zählen und wenigstens einen Tag bzw. eine Schicht dauern.

Die Frage, was eine Statistik umfasst, ist unmittelbar mit der Frage verknüpft, in wessen Auftrag und von wem sie erstellt wird sowie durch was ihre Erstellung motiviert ist. Auffallend ist in Deutschland sowie insgesamt in Europa die weitgehende Abwesenheit von öffentlich zugänglichen Statistiken von Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbänden. Oftmals scheinen diese gar nicht geführt zu werden. Alternative, durch einzelne Forscher/innen oder Institute erstellte Streikstatistiken sind selten; ihre Zusammenstellung erweist sich oft als schwierig (van der Velden, 2003; Hulden, 2013). Über die umfassendste Sammlung nationaler Streikstatistiken verfügt die ILO. Diese stützt sich ausnahmslos auf amtliche Statistiken und tatsächlich ist es so, dass die meisten der für die Wissenschaft zur Verfügung stehenden Daten von staatlichen Stellen oder Behörden im öffentlichen Auftrag erhoben werden. Die Methoden der Erfassung variieren beträchtlich. Sie reichen von unmittelbarer Beobachtung durch Arbeitsinspektionen oder andere Beauftragte, über die systematische Auswertung von Medien und die damit gekoppelte Nachfrage bei Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften oder betroffenen Unternehmen bis hin zu verpflichtenden Meldungen oder repräsentativen Unternehmensbefragungen. Dass die Wahl der Erhebungsmethode erhebliche Auswirkungen auf das Ergebnis der Datensammlung hat, zeigte sich Anfang der 2000er Jahre sehr deutlich in Frankreich, als breit angelegte Unternehmensbefragungen erhebliche Defizite in der Streikerfassung durch die Arbeitsinspektion offenbarten (Carlier, 2008). Ähnliche Probleme lassen sich weiter unten am bundesdeutschen Beispiel zeigen.

Welchem auch durch wechselnde Interessen bedingten Wandel die statistische Erfassung des Streiks unterworfen ist, zeigt eine kurze historische Skizze der amtlichen Streikstatistik in Deutschland. Der Rückblick ist nicht nur hilfreich, um zu verstehen, auf welchen

Fundamenten die bundesdeutsche Streikstatistik aufbaut, sondern auch um zu zeigen, dass ihre heutige, relativ reduzierte Gestalt keineswegs die einzig mögliche Form der quantitativen Abbildung des Arbeitskampfgeschehens ist.

3. Entstehung und Wandel der deutschen Streikstatistik

Die erste nationale Streikstatistik veröffentlichte in Deutschland 1892 die *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, der größte gewerkschaftliche Dachverband im Kaiserreich (Generalkommission, 1896). Staatlicherseits begann die reichsweite statistische Erfassung von Streiks und Aussperrungen mit dem Jahr 1899 (Volkmann, 1978). Die dazu notwendigen Informationen wurden durch die Ortspolizeibehörde erhoben und vom Kaiserlichen Statistischen Amt zusammengeführt. Der erste reichsweite Überblick erschien im Jahr 1900 und umfasste rund 200 Seiten, einschließlich ausführlicher Erläuterungen und der Dokumentation der zu Grunde liegenden, sehr detaillierten Fragebögen. Parallel zu den durch die Polizei gesammelten Informationen wertete das Statistische Amt in großen Zeitungen und Zeitschriften aus (Meyer, 1909, S. 214). Der Detailreichtum der damaligen Streikstatistik blieb in späteren Jahren unerreicht (Volkmann, 1978, S. 115–118). Auch auf Seiten der Gewerkschaften brachten die Jahre bis 1914 die umfassendsten Statistiken hervor. Wichtiges Motiv dabei war, der amtlichen Statistik eine eigene Sichtweise auf das Arbeitskampfgeschehen zur Seite zu stellen. Hauptproblem der amtlichen Statistik war für die Gewerkschaften die Erfassung durch die Polizei (Heiss, 1902). Vermutet wurde, dass es den Behörden auch darum ging, belastbares Material über eine mit Misstrauen betrachtete erstarkende Arbeiterbewegung zu sammeln (Tenfelde & Volkmann, 1981, S. 290).

Die Weimarer Republik brachte dann den entscheidenden, bis heute nachwirkenden Systemwechsel. Das 1922 verabschiedete Arbeitsnachweisgesetz übertrug ab 1923 die Erfassung auf die Reichsarbeitsverwaltung und die örtlichen Arbeitsämter (Conrad, 1923). Grundlage der Erfassung bildete eine gesetzliche Verpflichtung der Unternehmen, den Arbeitsämtern Beginn und Ende von Streiks oder Aussperrungen zu melden (Klausner, 1925). Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände erhielten das Recht, eigenständig an die Arbeitsämter zu berichten, wovon zum Bedauern des ADGB (1924) seitens der Gewerkschaften nur wenig Gebrauch gemacht wurde. Anders als vor 1914, so eine mögliche Erklärung, war die offizielle Statistik nicht mehr Gegenstand prinzipieller Kontroversen (Tenfelde & Volkmann, 1981, S. 289). Im Nationalsozialismus wurden Streiks verboten; 1934 wurde die amtliche Streikstatistik eingestellt (Morsch, 1992).

In der *Bundesrepublik* wurde die Streikerkfassung entlang dem 1923 etablierten Modell wieder aufgenommen.³ Zuständig für die Erfassung waren die Arbeitsämter.⁴ Der Detailreichtum sank weiter. Ab 1959 verschwanden aus dem Fragebogen für die Arbeitgeber alle Fragen nach indirekt vom Arbeitskampf Betroffenen sowie nach den Gründen und dem Er-

3 In der DDR wurde insbesondere nach dem 17. Juni 1953 jegliche Streikaktivität rigoros bekämpft und das Streikrecht 1968 aus der Verfassung gestrichen. Die Erfassung selbst kleinster Streikaktivität war Sache der Sicherheitsbehörden (Hürtgen, 2001).

4 Die aggregierten Daten wurden bis 1983 vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht. Seitdem erscheinen die Berichte in der Verantwortung des Bundesamtes bzw. der Bundesagentur für Arbeit (BA).

gebnis von Streik bzw. Aussperrung (Spode, 1992, S. 307). Wie in der Weimarer Republik konnten Gewerkschaften Streikaktivitäten selbst an das Bundesamt für Arbeit melden, doch machten sie davon ebenso wenig Gebrauch wie in der Vorkriegszeit (Kalbitz, 1973, S. 168). Ihre dominierende Haltung gegenüber dem Streik hat Müller-Jentsch (1997, S. 212) in dem treffenden Bild vom „Schwert an der Wand“ zusammengefasst. In den seit 2004 gültigen Bestimmungen zur Meldepflicht von Streiks und Aussperrungen werden die Gewerkschaften dann nicht mehr erwähnt. Die Streikerfassung war inzwischen nur noch ein wenig beachtetes Nebenprodukt der BA-Statistik.

Auch in der Wissenschaft nahm ab Mitte der 1980er Jahre das Interesse am Streik und den damit zusammenhängenden Zahlen deutlich ab. Dies ändert sich erst, als ab Mitte der 2000er Jahre mit der Zunahme spektakulärer Arbeitskämpfe im Dienstleistungsbereich (Dribbusch, 2017) das „Schwert“ wieder häufiger von der Wand genommen wurde.

Wandelnde Interessen

Amtliche Statistiken haben „seit jeher die Funktion Herrschaftswissen zu vermitteln“ Volkmann (1978, S. 118). Die Ende des 19. Jahrhunderts eingeführten Streikstatistiken dienten nicht nur in Deutschland wesentlich dazu, ein neues potentiell als systemgefährdend erachtetes Phänomen zu erfassen und zu kontrollieren. Dieses Motiv trat nach dem 1. Weltkrieg parallel zur Institutionalisierung der industriellen Beziehungen in den Hintergrund. Ein 1926 erschienener Bericht des nach dem ersten Weltkrieg geschaffenen International Labour Office (ILO) fasst diesen Wandel in der Motivlage wie folgt zusammen: „The first statistics of disputes which were compiled during the latter part of the nineteenth century thus had to some extent the character of criminal statistics. [...] Today they deal principally with the economic aspects of the disputes, and endeavour to present an index of changing industrial conditions.“ (ILO, 1926a, S. 5–6).

Dieser Wandel wurde auch in der deutschen Streikstatistik vollzogen und prägte auch die Wiederaufnahme der Streikstatistik in der Bundesrepublik Deutschland. 1984 wies die Bundesanstalt für Arbeit auf einen weiteren Aspekt der Arbeitskampfstatistik hin: „Die Ergebnisse der Statistik über Arbeitskämpfe sind ein Indikator für den sozialen Frieden.“ (Bundesanstalt für Arbeit, 1984). Dieser Aspekt gewinnt für die Bewertung der Streikdaten in dem Maße an Bedeutung, in dem das Arbeitskampfvolumen ab Mitte der 1990er Jahre zu einer Benchmark im internationalen Standortwettbewerb wird. So schreibt beispielsweise Lesch (2017) in der Einleitung zum *Internationalen Arbeitskampfvergleich* des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft: „In einer globalisierten Wirtschaft bedrohen Streiks die Lieferpünktlichkeit und damit auch Kunden. [...] Der Soziale Friede ist deshalb ein wichtiger Standortfaktor.“ Indem die amtliche Streikstatistik seit langem ein Arbeitskampfvolumen ausweist, das der Bundesrepublik im internationalen Vergleich einen der unteren Plätze in der europäischen Streiktabelle beschwert, hat sie vermutlich auch für die jeweiligen Bundesregierungen eine wesentliche Funktion erfüllt.

Volkmann (1978, S. 118) wertete die nach 1949 weiter abnehmenden Informationsdichte der amtlichen Streikstatistik als Anzeichen dafür, dass der Arbeitskampf in der Bundesrepublik „jede prinzipiell oder quantitativ bedrohliche, d.h. die Systemstruktur oder die Effizienz der Wirtschaft tangierende Dimension verloren“ habe. Dieser Auffassung kann nur zum Teil gefolgt werden. Es stimmt, dass keine der Bundesregierungen nach 1949

ernsthaft einen Umsturz fürchten musste. Indifferent gegenüber dem Streik blieben sie deshalb nicht. Zu unterschiedlichen Zeitpunkten wurden Streiks durchaus eine die „Effizienz der Wirtschaft tangierende Dimension“ zugesprochen. So griff die damals von Union und FDP geführte Bundesregierung im Gefolge des Arbeitskampfs um die 35-Stunden-Woche im Jahr 1984 gesetzgeberisch zu Gunsten der Unternehmen in die Arbeitskampfpriorität ein (Kocher, Kädtler, Voskamp, & Krüger, 2017, S. 18–19). Gesamtwirtschaftliche Erwägungen finden sich auch in der Begründung der Großen Koalition für das 2015 verabschiedete Gesetz zur Tarifeinheit (Deutscher Bundestag, 2015). Das grundsätzliche staatliche Interesse an der Streikstatistik wurde deshalb auch nie aufgegeben. Bereits 1976 lehnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung einen Vorschlag der BA ab, auf die Erfassung „kurzfristiger Streikfälle“ zu verzichten (Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, 1976). Das Ministerium verwies auf bereits bestehende Kritik an der Streikstatistik und fürchtete „es würden keine Informationen mehr bereitgestellt werden, wenn es aus irgendwelchen Unzufriedenheiten zu Warnstreiks in weiten Bereichen der Wirtschaft käme.“

4. Die amtliche Streikstatistik der Bundesrepublik Deutschland

Basis der Streikstatistik der Bundesagentur für Arbeit ist eine gesetzliche, bußgeldbewehrte Meldepflicht der Arbeitgeber (SGB III § 320). Diese findet ihre Begründung in der Neutralitätspflicht der Arbeitsagenturen, die keine Arbeitssuchenden gegen deren Willen in einen bestreikten oder aussperrenden Betrieb vermitteln dürfen und deshalb von Arbeitskämpfen Kenntnis erhalten müssen. Die Meldepflicht umfasst den Zeitpunkt von Beginn und Ende des Streiks oder der Aussperrung, wenn keine vollen Tage gestreikt oder ausgesperrt wurde, auch unter Angabe der jeweiligen Uhrzeit. Daneben muss in das Meldeformular am Beginn des Streiks oder der Aussperrung die Zahl der „beteiligten Arbeitnehmer/innen“ sowie bei Beendigung die „durchschnittliche Zahl der beteiligten Arbeitnehmer/innen“ eingetragen werden. Hinzu kommt die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit im Betrieb. Die Anzahl der „ausgefallenen Arbeitstage“ (bis 2014 „verlorene Arbeitstage“) ist ein rechnerischer Wert, den die BA aus den vorgenannten Angaben ermittelt. Veröffentlicht werden die Daten der Bundesagentur regelmäßig in Amtlichen Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit (ANBA) sowie im Internet (siehe Bundesagentur für Arbeit, 2015).

Charakteristisch für die Datenermittlung der BA ist, „daß die Qualität der amtlichen Statistik vom Meldeverhalten der Betriebe abhängt“ (Bundesanstalt für Arbeit, 1984). Eine systematische Streikbeobachtung seitens der BA ist nicht vorgesehen. Die Qualität der Arbeitgeberangaben wird von der BA prinzipiell nicht überprüft. Alle Daten werden grundsätzlich nur aggregiert und anonymisiert veröffentlicht. Eine externe Überprüfung der von der Arbeitgeberseite gelieferten Daten ist deshalb nur eingeschränkt möglich.

Die Zahl der einzelnen Streiks respektive Arbeitskämpfe wird seitens der BA nicht erfasst, dafür aber die Anzahl der „betroffenen Betriebe“. In die Statistik fließen nur solche Arbeitskämpfe ein, bei denen „je Betrieb mindestens 10 Arbeitnehmer beteiligt waren und die mindestens einen Tag dauerten oder durch die ein Verlust von mehr als 100 Arbeitstagen je Betrieb, bezogen auf alle an der Arbeitseinstellung beteiligten bzw. betroffenen Arbeitnehmer entstanden ist“ (Bundesanstalt für Arbeit, 1982). Die aggregierten Daten der

nicht in die Statistik aufgenommenen „Bagatellstreiks“ werden seit 2008 als Anhang zur amtlichen Statistik veröffentlicht, wodurch der Umfang der durch die Schwellenwerte bewirkten Untererfassung nachvollziehbar ist.

Die Zahl der von der BA angegebenen Zahl der „beteiligten Arbeitnehmer“ ist tendenziell niedriger als die aller Streikenden, da in den Einzelmeldungen nach der durchschnittlichen und nicht nach der höchsten Zahl der Streikenden bzw. Ausgesperrten gefragt wird. Dieser Effekt kommt allerdings nur bei längeren Arbeitsniederlegungen mit schwankender Beteiligung zum Tragen.

Wichtiger erscheint, dass bei langen Arbeitskämpfen, in denen nicht kontinuierlich gestreikt wird, Streikende mehrfach gezählt werden, wenn sie innerhalb eines Arbeitskampfes wiederholt zu voneinander getrennten Zeitpunkten die Arbeit niederlegen und hierüber jeweils eigene Meldungen vorliegen. Die Zahl der „beteiligten Arbeitnehmer“ übersteigt dadurch systematisch die der einzelnen Beschäftigten, die ein oder mehrmals im Laufe eines Jahres die Arbeit niedergelegt haben.

Stärken der amtlichen Statistik

Das Alleinstellungsmerkmal der amtlichen Statistik ist, dass sie über die *Betriebsnummern* eine genaue Branchen- und Regionszuordnung der Daten ermöglicht. So können Auswertungen nach Teilbranchen vorgenommen werden, die den jeweils gültigen Klassifizierungen der Wirtschaftszweige entsprechen, sowie regionale Entwicklungen auf Bundesländerebene beobachtet werden.

Probleme der amtlichen Statistik

Hauptproblem der offiziellen Arbeitskampfstatistik ist seit langem, dass sie nicht alle Arbeitskämpfe umfasst. Zum einen fallen wegen der Abschnidegrenzen Arbeitsniederlegungen aus der Statistik heraus. Das weit größere Problem sind jedoch erhebliche Lücken bei der Meldung von Arbeitskämpfen. Diese sind der Bundesagentur durchaus bewusst, wie sich daran zeigt, dass in einer internen Anweisung von 2007 explizit darauf hingewiesen wird, dass die örtlichen Agenturen bei Kenntnis über nicht angezeigte Streiks oder Aussperrungen die betroffenen Arbeitgeber auf ihre Meldepflichten hinweisen sollten (Bundesagentur für Arbeit, 2007). Bußgelder werden jedoch extrem selten verhängt. Eine Statistik darüber gibt es nicht. Spode berichtet, dass Mitarbeiter der BA als Grund für die Zurückhaltung bei der Verhängung von Bußgeldern angaben, dass sie zur Erfüllung ihrer Vermittlungsaufgabe auf die Kooperation der Betriebe angewiesen seien (1992, 331 Anm. 18).⁵ Besonders auffallend ihre Meldepflicht verletzt hatte 2015 die *Deutsche Post DHL*. Von ihr wurden mehr als 170 Arbeitsniederlegungen nicht angezeigt. In einem außergerichtlichen Schritt verhängte die BA nicht nur ein Bußgeld, sondern machte den Fall auf parlamentarische Nachfrage hin auch öffentlich (Borstel, 2015).

Bisher gab es für die Bundesrepublik zwei Versuche, einer Korrektur der amtlichen Statistik. Der grundlegenden Arbeit von Kalbitz (1972a; 1972b) folgte die bisher detaillierteste Untersuchung durch eine Forschergruppe um Spode (1992), die auf einer systemati-

5 Auch der Autor erhielt 2014 auf Nachfrage bei einem Sachbearbeiter der BA eine ähnliche mündliche Auskunft.

schen Auswertung von Unterlagen der Landesarbeitsämter, der Gewerkschaften sowie von Presseberichten basiert und den Zeitraum bis 1980 abdeckt. Ein Datenabgleich zeigte erhebliche Lücken in der amtlichen Statistik auf (Spode, 1992, S. 406–407).

Meldelücken ab Mitte der 2000er Jahre

Für die Jahre nach 1980 liegt eine mit der Arbeit von Spode vergleichbare Untersuchung nicht vor. Erste Stichproben des WSI Mitte der 2000er Jahre zeigten jedoch, dass die Untererfassung der amtlichen Statistik nicht nur fortbestand, sondern sich in Bezug auf die Streikbeteiligten sogar erheblich verschärft hatte (Dribbusch, 2006; 2008).

So zogen sich die Streiks der Kommunalbeschäftigten im Arbeitskampf um die von den öffentlichen Arbeitgebern angestrebte Verlängerung der Wochenarbeitszeit im Jahr 2006 in Baden-Württemberg über insgesamt neun Wochen hin. Nach Gewerkschaftsangaben beteiligten sich an diesen Streiks in Baden-Württemberg 13.000 ver.di-Mitglieder (ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg, 2006). Auf diese entfielen während der neun Wochen insgesamt 200.000 individuelle Streiktage. Nicht berücksichtigt sind dabei kleinere Gruppen von Streikenden anderer Gewerkschaften sowie eine unbekannte Zahl von Beschäftigten, die sich auch ohne Gewerkschaftsmitglied zu sein, zumindest zeitweise den Arbeitskämpfen anschlossen. In der amtlichen Streikstatistik des Jahres 2006 wurden aber für Baden-Württemberg im gesamten öffentlichen Dienst einschließlich des öffentlichen Gesundheitswesens lediglich 6.700 Streikende und 55.000 „verlorene Arbeitstage“ registriert, obwohl sich zum gleichen Zeitpunkt auch die im Marburger Bund organisierten Ärztinnen und Ärzte wochenlang im Arbeitskampf für einen eigenständigen Tarifvertrag befanden.

2011 streikten in Rheinland-Pfalz rund 590 Beschäftigte des Frankenthaler Metallbetriebs Koenig & Bauer (KBA) über mehr als vier Wochen. Die IG Metall zahlte für 16.000 Streiktage Unterstützung. In der BA-Statistik tauchen 2011 für Rheinland-Pfalz aber lediglich 12 Ausfalltage im öffentlichen Dienst auf. Offensichtlich bekam die örtliche Arbeitsagentur keine Meldung, fragte aber auch nicht beim Unternehmen nach. In Mecklenburg-Vorpommern registrierte die amtliche Statistik zwischen 2008 und 2011 gleich gar nichts, obgleich es mehrere, in den Medien erwähnte Arbeitsniederlegungen gab.

2015 registrierte die BA in der gesamten Metallindustrie 194 von Streiks „betroffene Betriebe“. Gestreikt hatten laut BA rund 125.000 Beschäftigte, weitere 86.000 Metaller/innen beteiligten sich in 837 Betrieben an „Bagatellstreiks“ und flossen nicht in die Statistik ein. Die IG Metall meldete für das gleiche Jahr eine Beteiligung von 836.000 Arbeitnehmer/innen sowie mehr als 4.100 bestreikte Betriebe, wobei sie ausdrücklich darauf hinweist, dass Betriebe, die zweimal gestreikt haben, auch doppelt gezählt wurden. Gesamtmetall wiederum wies in der von ihr veröffentlichten Statistik zu den Warnstreiks im gleichen Jahr 1.737 beteiligte Betriebe und 354.000 beteiligte Arbeitnehmer/innen aus (Gesamtmetall, 2017, S. 28). Im Ergebnis weist die amtliche Statistik (incl. Bagatellstreiks) im Vergleich zur IG Metall eine Lücke von rund 3.000 Betrieben und rund 600.000 Beteiligten aus, dies erscheint beträchtlich und kaum durch Mehrfachzählungen erklärbar. Besonders erstaunlich ist, dass selbst der Arbeitgeberverband fast 700 Betriebe mehr als „beteiligt“ ausweist, als seitens seiner Unternehmen der BA gemeldet wurden, bei den beteiligten Arbeitnehmer/innen beträgt die Lücke rund 143.000.

Ein neuer Anlauf

Als ab Mitte der 2000er Jahre, nicht zuletzt auch durch verschiedene Veröffentlichungen aus dem WSI die Meldelücken der BA-Statistik wieder stärker thematisiert wurden, wuchsen unter den zuständigen Fachkräften der Agentur Zweifel an der Sinnhaftigkeit der eigenen Arbeit.⁶ Die Frage kam auf, wie sinnvoll es sei, eine *amtliche Statistik* zu führen, die auf Grund manifester Meldelücken keine zufriedenstellenden Ergebnisse lieferte. Insbesondere bei Warnstreiks stellte sich die Frage, ob eine vollständige Erfassung überhaupt leistbar sei. Vor allem kürzere Streiks würden weder angezeigt, noch werde deren Meldung eingefordert, da sie keine Relevanz für die Sicherung der Arbeitskampfneutralität der BA hätten.⁷ Zusätzlich wurde darauf hingewiesen, dass als Folge aufeinanderfolgender Umstrukturierungen der BA sowohl Personal als auch Fachwissen in Bezug auf die Streikerausfassung verloren gegangen seien. Zwischenzeitlich gab es deshalb sogar Überlegungen, die Statistik ganz einzustellen, die sich jedoch nicht durchsetzen konnte, da das Arbeitsministerium auf dem Erhalt der Statistik bestand. Ab 2014 unternahm die BA deshalb einen neuen Anlauf, ihre Datengrundlage zu verbessern. So wurde in der Kommunikation nach außen verstärkt auf die Meldepflichten hingewiesen, aber auch innerhalb der BA der Statistik eine größere Aufmerksamkeit gewidmet. Seit 2015 weist die BA auch selbst darauf hin, dass ihre Statistik vermutlich nicht alle Ereignisse erfasst.⁸

Als weiteren Schritt zu einer Verbesserung ihrer Statistik wurde 2017 seitens der Statistik der BA mit *Gesamtmetall* ein Formular für Sammelmeldungen abgestimmt, das online zur Verfügung gestellt wird und optional auch von anderen Wirtschaftsverbänden genutzt werden kann (Bundesagentur für Arbeit, 2018). Hier wird tabellarisch für jeden betroffenen Betrieb neben der Zahl der Streikteilnehmer/innen bzw. Ausgesperrten auch die „Gesamtsumme der ausgefallenen Arbeitsstunden“ eingetragen, so dass in diesem Fall eine Berechnung der Ausfallzeit durch die BA entfällt. Die Sammelmeldungen kommen erstmals 2018 zur Anwendung. Die Hoffnung der BA ist, über die stärkere Einbindung der Arbeitgeberverbände in die Erhebung der Basisdaten die Meldelücken zu verringern.

6 Dieser Abschnitt stützt sich auf mehrere meist informelle Gespräche des Autors mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Statistik der Bundesagentur seit 2008.

7 Die BA formuliert es so: „Die nach § 320 Abs. 5 SGB III abzugebenden Anzeigen sollen den Agenturen für Arbeit ermöglichen, die Neutralität der Arbeitsvermittlung nach § 36 Abs. 3 SGB III einzuhalten. Insoweit sind die Anzeigen Hilfsmittel für die Arbeitsvermittlung vor allem bei länger andauernden oder längerfristig angekündigten Streiks oder Aussperrungen. Dies führt dazu, dass vor allem bei kürzeren Arbeitsk Kampfmaßnahmen (auch jenseits der beschriebenen Bagatellgrenze) häufig keine Anzeigen durch die Arbeitgeber erfolgen und auch keine nachträgliche Meldung eingefordert wird, denn verwaltungsmäßige positive oder geforderte Effekte können sich dadurch nicht mehr ergeben, außer die Sicherstellung einer vollständigen Statistik“ (Bundesagentur, 2015).

8 In den „Hinweisen“ zu ihrer Streikstatistik 2015 schreibt die BA: „Verschiedene Beiträge in der Öffentlichkeit haben in den vergangenen Jahren aufgezeigt, dass die in der Streikstatistik der BA ausgewiesenen Zahlen über betroffene Personen, Betriebe und ausgefallene Arbeitstage untererfasst sind. Grundlage der Berichte sind vor allem die Analysen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Nach dessen Analysen und Schätzungen, die auf Gewerkschaftsangaben und Auswertungen von Presseberichten basieren, könnte die tatsächliche Gesamtzahl der durch Streiks ausgefallenen Arbeitstage um das bis zu 4-fache über den gemeldeten Werten liegen“ (Bundesagentur für Arbeit, 2015).

5. Die WSI-Schätzung

Als Reaktion auf die festgestellten Lücken der amtlichen Statistik begann das WSI ab 2008 mit der Erstellung einer alternativen, vor allem auf der Auswertung gewerkschaftlicher Quellen basierenden Statistik. Da hierfür nur begrenzte personelle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung standen, war an eine dem Forschungsprojekt von Spode et al. (1992) ähnliche retrospektive Totalerfassung von Streikaktivitäten ab 1980 nicht zu denken. Die WSI-Statistik beginnt deshalb erst mit dem Jahr 2004, da für frühere Jahre zu wenig belastbare Daten zur Verfügung standen. Im Bewusstsein, dass es unmöglich sein würde, sämtliche Arbeitsniederlegungen akkurat zu erfassen, wurde die WSI-Datenreihe zum Arbeitskampfgeschehen von vornherein als eine *informierte Schätzung* angegangen und gekennzeichnet. Die erste jährliche Auswertung wurde 2009 veröffentlicht.

Was erfasst das WSI?

Das WSI versteht unter *Streik* analog der Definition der ILO jede befristete, kollektive Arbeitsniederlegung unabhängig von Anlass, Dauer oder Anzahl der Beteiligten. Unter *Arbeitskampf* versteht das WSI jede kollektive Auseinandersetzung zwischen Beschäftigten und Unternehmen bzw. Arbeitgeberverbänden, in deren Verlauf es mindestens eine Arbeitsniederlegung/Streik gab. Dabei beschränkt sich die WSI-Schätzung im Grundsatz auf die Erfassung und Auswertung tariflicher Arbeitskämpfe. Nur in Ausnahmefällen werden außerhalb von Tarifrunden stattfindende, betriebliche Arbeitsniederlegungen einbezogen.

Die wichtigsten vom WSI erhobenen Kennziffern sind die Ermittlung der jährlichen Zahl der Streikteilnehmer/innen sowie die Anzahl der ausgefallenen Arbeitstage. Um die Entwicklung der Konflikthäufigkeit einordnen zu können, ist die Arbeitskampfbilanz des WSI seit 2015 um eine bis in das Jahr 2006 zurückreichende Schätzung der Anzahl der jährlich stattgefundenen Arbeitskämpfe ergänzt worden. Anders als die amtliche Statistik erfasst das WSI dagegen nicht die Anzahl der betroffenen Betriebe, da hier ohne den Rückgriff auf Arbeitgeberdaten kaum ein belastbares Ergebnis zu erzielen ist.

Die Quellenlage

Während die BA-Statistik sich ausschließlich auf Arbeitgeberdaten stützt, beruht die WSI-Schätzung zu großen Teilen auf Gewerkschaftsangaben. Wichtigste Quelle der WSI-Schätzung sind von den Gewerkschaften veröffentlichte oder dem WSI zur Verfügung gestellte Daten zum Arbeitskampfgeschehen. Ergänzend werden in begrenztem Umfang Presse und Online-Medien ausgewertet; eine bundesweite Auswertung der gedruckten Lokalpresse findet jedoch nicht statt.

Den mit Abstand besten Zugang hat das WSI zu den Statistiken der DGB-Gewerkschaften. Für nicht zum DGB gehörende Gewerkschaften sind Streikinformationen zumeist nur über ihre Pressemeldungen oder Medienrecherchen zugänglich.

Die Datenlage ist bei den einzelnen DGB-Gewerkschaften sehr unterschiedlich. Streiks, bei denen Streikgeld gezahlt wird, werden allein schon aus Gründen der internen Buchführung meist recht genau erfasst. Dies schließt bei ver.di alle Warnstreiks mit mindestens vierstündiger Dauer ein.

Warnstreiks, bei denen kein Streikgeld bezahlt wird, werden dagegen mit Ausnahme der NGG meist sehr viel weniger präzise dokumentiert. Die IG Metall erfasst grundsätzlich nur Warnstreiks im Zusammenhang mit Flächentarifauseinandersetzungen, dies allerdings tagesgenau nach Anzahl bestreikten Betriebe sowie Streikteilnehmer/innen. Werden im Verlauf einer Tarifrunde einzelne Betriebe mehrfach bestreikt, so werden sie, worauf die IG Metall ausdrücklich hinweist, entsprechend wiederholt gezählt.

Das Problem fast aller aggregierten Warnstreikstatistiken ist, dass sie nicht selten auf Angaben lokaler Gliederungen basieren. Diese greifen wiederum auf betriebliche Angaben zurück, die zum Teil „großzügige Beteiligungsangaben“ (Spode, 1992, S. 312) enthalten. In den Gewerkschaften wird intern eingeräumt, dass Streikbeteiligungen im Sinne von Erfolgsmeldungen gerne nach oben aufgerundet werden. Die Dauer von Warnstreiks wird nur ausnahmsweise systematisch erhoben.

Generell gilt: Streikzahlen sind für alle Gewerkschaften hochsensible Daten. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Anzahl der Streikgeldempfänger/innen und die bezahlten Streiktage, vor allem, wenn es sich um Firmen- und Haustarifauseinandersetzungen handelt. Entsprechend zurückhaltend ist nicht nur die Veröffentlichungspraxis, sondern auch die Bereitschaft solche Daten Externen zur Verfügung zu stellen. Von den nicht zum DGB gehörenden Gewerkschaften kann das WSI hier nachvollziehbarer Weise keine Detaildaten erwarten.

Aber auch seitens der DGB-Gewerkschaften werden disaggregierte Streikdaten nur unter der Maßgabe strikter Vertraulichkeit weitergegeben. Entsprechend veröffentlicht das WSI für einzelne Gewerkschaften und Arbeitskämpfe nur solche Daten, für die ausdrücklich eine Freigabe besteht, oder die aus öffentlich zugänglichen Quellen zitiert werden können. Alle anderen zur Verfügung gestellten Daten fließen anonym in die aggregierte Gesamtschätzung ein.

Die Schätzung von Arbeitskampfhäufigkeit, Streikteilnahme und Ausfalltagen

Lückenhafter als erwartet ist die Datenlage in Bezug auf die Anzahl der tatsächlich stattgefundenen Arbeitskämpfe. Während kleine Gewerkschaften hier meist relativ gut im Bilde sind, finden sich ausgerechnet bei den beiden größten Gewerkschaften recht umfangreiche Lücken. So hat ver.di zwar präzise Angaben über die Zahl der dem Vorstand vorgelegten Arbeitskämpfanträge, stellt aber nicht immer Daten zum Anteil der tatsächlich durchgeführten Streiks zur Verfügung (Dribbusch, 2017). Bei der IG Metall besteht das Problem, dass die Gewerkschaft lokale Streiks, bei denen kein Streikgeld bezahlt wird, nicht registriert. Die Schätzung der Anzahl der Arbeitskämpfe stützt sich deshalb seit 2015 wesentlich auf eigene Medienauswertungen mithilfe von Suchmaschinen sowie durch Sichtung gewerkschaftlicher Webseiten. Für die Jahre 2006 bis 2014 konnten für ver.di und IG Metall Gewerkschaften nur annähernde Schätzungen vorgenommen werden.

Die Schätzung der jährlichen *Streikbeteiligung* steht vor dem Problem, dass die von den Gewerkschaften zur Verfügung gestellten Daten, wie erwähnt, von recht unterschiedlicher Güte sind. Bei Streiks mit Streikgeldzahlung stellt sich die Frage, wie viele Beschäftigte mitgestreikt haben, ohne Gewerkschaftsmitglied zu sein. In Fällen, bei denen dies relevant ist, wie beispielsweise bei Streiks im Finanzsektor, ist das WSI auf die Einschätzung von Streikorganisator/innen angewiesen. Auf die begrenzte Belastbarkeit von pauschalen

Warnstreikangaben wurde bereits hingewiesen. Ein weiterer Aspekt ist analog zur amtlichen Statistik die Mehrfachzählung von Beschäftigten, die innerhalb eines Arbeitskampfes an zeitlich getrennten Streiks oder Warnstreiks teilnehmen. Dies ist vor allem bei großen Streikwellen im öffentlichen Dienst und in der Metall- und Elektroindustrie relevant. Das WSI ist sich deshalb bewusst, dass seine auf Gewerkschaftsangaben basierende Schätzung die Streikbeteiligung vermutlich tendenziell überzeichnet.

Arbeitgeberdaten, mit deren Hilfe Korrekturen vorgenommen werden könnten, stehen meist nicht zur Verfügung. Von den Arbeitgeberverbänden veröffentlicht, soweit bekannt, lediglich Gesamtmetall summarische Angaben zu Dauer und Umfang von Warnstreiks (Gesamtmetall, 2017, S. 28). Angaben über die Genese ihrer Daten werden jedoch von Gesamtmetall nicht gemacht.⁹

Das Grundgerüst der Ermittlung der *Ausfalltage* bildet die dem WSI vorliegende Anzahl der bezahlten individuellen Streiktage. Gemeint sind damit die Tage, an denen ein Mitglied Streikgeld erhielt. Diese Daten sind insofern relativ hart, weil sie auf real erfolgten Zahlungsvorgängen beruhen, die von Gewerkschaften allein schon aus Gründen der sorgfältigen Buchführung sehr genau erhoben werden.

Schwieriger ist die Schätzung des Arbeitskampfvolumens bei Warnstreiks ohne Streikgeldzahlung. Nur in Ausnahmefällen liegen vor allem bei großen Warnstreikwellen detaillierte Betriebslisten vor, in denen Angaben zur Dauer der jeweiligen Arbeitsniederlegung gemacht werden. Meist muss die durchschnittliche Streikdauer mittels Nachfragen bei den an der Streikorganisation sowie durch Internetrecherchen annähernd bestimmt werden. Dabei tendiert das WSI stets zur konservativen Schätzung. Bei pauschalen Angaben zu Warnstreikenden oder bei Meldungen, bei den Überzeichnungen wahrscheinlich sind, zieht das WSI zur Berechnung der Ausfalltage analog dem Verfahren von Spode (1992, S. 312) zunächst zehn Prozent von der gemeldeten Gesamtzahl der Streikenden ab. Die so erhaltene Zwischensumme wird sodann mit der unterstellten durchschnittlichen Dauer der Warnstreiks multipliziert und die so erreichte Gesamtstundenzahl durch 8 geteilt. Das so erreichte rechnerische Volumen an Ausfalltagen der Warnstreiks bildet zusammen mit den bezahlten Streiktagen das jährliche Arbeitskampfvolumen.

Um Vergleiche über die Jahre hinweg zu ermöglichen, werden Arbeitskampfteilnahme und Arbeitskampfvolumen sodann in Bezug zur Anzahl der Beschäftigten gesetzt. Hierfür wird auf die Erwerbstätigenstatistik der VGR zurückgegriffen und der jeweilige Jahreswert für die Arbeitnehmer/innen im Inland verwendet.

Stärken der WSI-Schätzung

Die Stärke der WSI-Schätzung liegt darin, dass sie in einem erheblichen Umfang auf Originaldaten der DGB-Gewerkschaften zurückgreifen kann. Zusammen mit ergänzenden Medienauswertungen ist so ein in der Tendenz vollständigeres Bild des Streikgeschehens als beim *gegenwärtigen* Stand der amtlichen Statistik zu erwarten.

9 Die häufig erheblichen Differenzen zwischen den Warnstreikzahlen, die Gesamtmetall veröffentlicht, und denen der IG Metall könnten eventuell darauf beruhen, dass die Metallarbeitgeber alle Streikenden nur einmal zählen, während die IG Metall, wie erwähnt, bei Warnstreikwellen Mehrfachzählungen vornimmt.

Probleme der WSI-Schätzung

Eine Schwäche der WSI-Schätzung liegt darin, dass lediglich grobe Branchenauswertungen möglich sind. Die Daten der Gewerkschaften lassen sich in der Regel nicht trennscharf der amtlichen Wirtschaftszweigstatistik zuordnen. Auch regionale Auswertungen sind nur dann möglich, wenn sich die gewerkschaftlichen Daten direkt einzelnen Bundesländern zuordnen lassen. Bei länderübergreifenden Flächenstreiks ist dies mangels regionaler Differenzierung der zur Verfügung stehenden Daten nur begrenzt möglich. Nicht zuletzt stellen die WSI-Daten eine Schätzung dar, bei der Unschärfen in Kauf genommen werden müssen.

6. Weitere Datenquellen

Neben der amtlichen Streikstatistik und der Schätzung des WSI gibt es noch zwei weitere erwähnenswerte Quellen zur Einschätzung des Arbeitskampfgeschehens.

Der „Streikmonitor“

Gefördert von der Heinz-Jung-Stiftung (Frankfurt am Main) hat Anfang 2016 das Projekt *„Streikmonitor: Standardisierte Erhebung zur langfristigen Erfassung von Streikaktivitäten in Deutschland“* seine Arbeit aufgenommen. Es wird von Stefan Schmalz von der Universität Jena geleitet. Die Berichte erscheinen halbjährlich (Schneidemesser & Kilroy, 2016a).

„Ziel ist eine detaillierte empirische Erfassung aller Streikaktionen innerhalb eines Kalenderjahres, durch die der Wandel von Arbeitskämpfen besser herausgearbeitet werden kann. Hierdurch sollen vor allem kleinere Konflikte abgebildet und aktuelle Trends quantifizierbar gemacht werden.“ (Schneidemesser & Kilroy, 2016a, S. 165). Das Projekt versteht sich als Ergänzung der WSI-Schätzung und will sich vor allem darum bemühen, auch die regionale Verteilung von Streikaktivitäten zu analysieren, sowie die Entwicklung der Streikgegenstände zu beobachten. Anders als das WSI verwendet der Streikmonitor einen erweiterten Streikbegriff, der sich am angelsächsischen Begriff des *labor unrest* orientiert (siehe Silver, 2003). So sollen auch Formen des Arbeitskampfes jenseits der Arbeitsniederlegung erfasst werden. Die Erfassung der Fälle erfolgt über eine Kennwortsuche bei *Google News* in 700 deutschsprachigen überregionalen und regionalen Nachrichtenquellen.

Zwischen dem Streikmonitor und dem WSI findet seit 2017 ein Austausch statt, bei dem die erfassten Arbeitskämpfe miteinander abgeglichen werden. Auch der Streikmonitor machte die Erfahrung, dass eine tatsächliche Totalerfassung des Arbeitskampfgeschehens kaum möglich ist und dass gerade die Erfassung „verdeckter Formen“ des Arbeitskamps schwierig ist. Grenzen der Internetrecherche ergeben sich nicht zuletzt in Bezug auf die Zahl der Teilnehmer/innen sowie der Dauer von Arbeitskampfmaßnahmen. Die bisher erschienenen Berichte des Streikmonitors greifen deshalb neben den vom Projekt erhobenen Daten auch auf die WSI-Schätzung zurück. Ergänzt wird die quantitative Betrachtung regelmäßig durch exemplarische Analysen einzelner Arbeitskämpfe (Schneidemesser & Kilroy, 2016b; Schneidemesser, Widon & Kilroy, 2017).

Die WSI-Betriebsrätebefragung

Seit 2014 wird in der bis 2018 jährlich als Panel-Befragung durchgeführten repräsentativen WSI-Betriebsrätebefragung die Frage gestellt: „Gab es in Ihrem Betrieb in den letzten 12 Monaten Arbeitsniederlegungen – gemeint sind auch spontane Protestversammlungen, Streiks oder Warnstreiks?“. Gefragt wird dabei, ob einmal, mehrmals oder nie die Arbeit niedergelegt wurde. Wird die Frage bejaht, wird zudem erhoben, ob die Arbeitsniederlegung im Zusammenhang mit einer Tarifrunde, wegen eines betrieblichen Problems, wegen geplanter Entlassungen oder aus einem anderen Grunde erfolgte. Seit 2016 wird auch danach gefragt, in welchem Monat die Arbeitsniederlegung stattfand.

Die Grenze der Betriebsrätebefragung liegt darin, dass sie sich, wie ihr Name bereits andeutet, allein auf Betriebe mit Betriebsräten (und mindestens 20 Beschäftigten) bezieht. Betriebe und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, die über Personalräte verfügen, sind nicht abgedeckt; die Untersuchung beschränkt sich auf die Privatwirtschaft.

Die Verbindung mit anderen Daten, wie Betriebsgröße und Branche aber auch zum Beispiel zur Mehrheitsgewerkschaft im Betrieb, dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad sowie der Tarifbindung ermöglicht eine ganze Reihe interessanter Auswertungen. Diese können allein schon aus systematischen Gründen, eine quantitative Streikstatistik nicht ersetzen, erlauben aber ergänzende Einblicke in die Verbreitung von Arbeitskampfmaßnahmen in Betrieben mit betrieblicher Mitbestimmung.

7. Bewertung

Der Vergleich zwischen amtlicher Statistik und WSI-Schätzung zeigt, dass letztere sowohl in Bezug auf die Ausfalltage als insbesondere auch bei den jährlichen Zahlen zu Streikenden und Ausgesperrten regelmäßig über denen der BA-Statistik liegt (Dribbusch, 2018), wobei die Abstände seit 2015 vor allem bei den Ausfalltagen kleiner zu werden scheinen – siehe Tabelle 1.

Tabelle 1: BA-Statistik und WSI-Schätzung, Ausfalltage und Beteiligte 2007–2017

	Arbeitskampfbedingte Ausfalltage		Streikende und Ausgesperrte	
	WSI-Schätzung	BA-Statistik	WSI-Schätzung	BA-Statistik
2007	745.000	286.368	550.000	106.483
2008	542.000	131.679	1.550.000	154.052
2009	398.000	66.927	320.000	28.318
2010	173.000	25.917	120.000	12.936
2011	304.000	69.896	182.000	11.282
2012	630.000	86.051	1.200.000	22.158
2013	551.000	149.584	1.003.000	66.900
2014	392.000	154.745	345.000	57.772
2015	2.002.000	1.092.121	1.133.000	229.604
2016	462.000	209.817	1.055.000	215.267
2017	238.000	129.017	131.000	61.239

Quellen: BA, WSI.

Dennoch bleibt eine auf einem verpflichtenden, betrieblichen Meldeverfahren beruhende amtliche Statistik aufgrund ihrer Differenzierungsmöglichkeiten und ihrer systematischen Kompatibilität mit Beschäftigungs- und Strukturdaten vom Grundsatz wünschenswert. Würden alle Betriebe regelmäßig und korrekt berichten, wären so relativ genaue Branchenanalysen des Arbeitskampfgeschehens möglich. Notwendig wäre hierfür aber neben einer Verbesserung der „Meldemoral“ der Betriebe eine umfassende Reform der Erfassung von Arbeitskämpfen. Denkbar wäre, dass die regionalen Agenturen der BA zusätzlich zur betrieblichen Meldepflicht ein eigenes Verfahren entwickeln, um das Arbeitskampfgeschehen eigenständig zu beobachten und ähnlich wie in anderen Ländern (Dribbusch & Vandaele, 2016b) von sich aus Meldungen einzufordern. Dies würde allerdings auch eine angemessene personelle Ausstattung der BA erfordern, was einen entsprechenden politischen Willen voraussetzen würde. Inwieweit dieser im zuständigen Ministerium vorhanden ist, wäre eine zu klärende Frage. Ein erster Schritt wäre, diesen Wunsch seitens der BA überhaupt zu äußern. Hier ist nicht zuletzt auch an die Vertreter/innen der Gewerkschaften im Verwaltungsrat der BA zu denken. Eine weitere Möglichkeit bestünde darin, seitens der BA die Zahlen von Arbeitgeberverbänden zumindest bei Sammelmeldungen mit freiwilligen Angaben von Gewerkschaften abzugleichen, um so eventuelle Lücken im Vorfeld besser klären zu können.

Solange dies alles nicht der Fall ist, wird die alternative Datenerfassung über die WSI-Schätzung eine hilfreiche Ergänzung bleiben. Bei allen inhärenten Schwächen der Schätzung ermöglicht sie eine quantitative Annäherung an das Arbeitskampfgeschehen in Deutschland, die insbesondere in Bezug auf das in Ausfalltagen gemessene Streikvolumen allem Dafürhalten nach der „Wirklichkeit“ näher kommt, als dies bisher der BA-Statistik möglich ist. Zu unterstreichen ist jedoch, dass auch die WSI-Schätzung der ständigen Verbesserung bedarf. Zu wünschen ist in diesem Zusammenhang nicht zuletzt, dass die Gewerkschaften noch stärker als bisher ein Eigeninteresse an präzisen Streikdaten entwickeln, das auch deren wissenschaftliche Verwertbarkeit mit berücksichtigt. Festzuhalten bleibt zweitens, dass auch die WSI-Sammlung nicht das komplette Streikgeschehen abbildet, da die große Masse der informellen Arbeitsniederlegungen im Zusammenhang mit betrieblichen Auseinandersetzungen in ihr keinen Niederschlag findet.

Streikdaten, darüber dürfte in der einschlägigen Wissenschaft Konsens bestehen, sind für die Analyse der industriellen Beziehungen unverzichtbar, auch wenn Zahlen nicht den Blick auf das tatsächliche Geschehen ersetzen. Mit Blick auf die Situation der Streikstatistik in Europa zeigt sich, dass deren inhärente Probleme sich auch andernorts stellen (Lyndon, 2007; Dribbusch & Vandaele, 2016a). Den Vorschlägen der 1926 bei der ILO versammelten Statistiker/innen nach einer Vereinheitlichung der nationalen Streikerfassung (ILO, 1926b), ist, so kann heute festgestellt werden, kein wirklicher Erfolg beschieden gewesen. Bedenklich ist, dass Eurostat 2009 die Veröffentlichung der europäischen Streikdaten beendet hat und in Italien und Griechenland die offizielle Streikstatistik sogar eingestellt wurde, ohne dass es bis dato alternative Datensammlungen gibt (Dribbusch & Vandaele, 2016). Im Hinblick darauf ist die Streikforschung in Deutschland in der glücklichen Lage, sogar auf mehr als eine Arbeitskampfstatistik zurückgreifen zu können.

Literatur

- ADGB (1924). Aus Wirtschaft und Statistik: Die wirtschaftlichen Arbeitskämpfe von 1919 bis 1923. Gewerkschafts-Zeitung: Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 34 (41), 390–392.
- Ancelovici, M. (2011). In search of lost radicalism: The hot autumn of 2010 and the transformation of labor contention in France. *French Politics, Culture & Society*, 29 (3), 121–140. doi: 10.3167/fpcs.2011.290308
- Best, J. (2001). *Damned lies and statistic: Untangling numbers from the media, politicians, and activists*. Berkeley: University of California Press.
- Borstel, S. v. (22. November 2015). Deutsche Post zeigte 178 Streiks nicht an. Die Welt. Abgerufen von www.welt.de/149109855
- Bundesagentur für Arbeit (2007). Handlungsempfehlung/Geschäftsanweisung 05/2007. Kopie im Besitz des Autors.
- Bundesagentur für Arbeit (2015). Arbeitsmarkt in Zahlen. Streikstatistik. Berichtsjahr 2015. Abgerufen von <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Streik/Streik-Nav.html>
- Bundesagentur für Arbeit (2018). Weisung 201801001 vom 05.01.2018 – Arbeitskampf: Ruhen von Ansprüchen auf Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld und Streikanzeige. Abgerufen von https://con.arbeitsagentur.de/prod/apok/ct/dam/download/documents/Weisung201801001_ba016186.pdf
- Bundesanstalt für Arbeit (1982). Dienstblatt Runderlaß 254/82 vom 21. Dezember 1982. Kopie im Besitz des Autors.
- Bundesanstalt für Arbeit (1984). Übernahme der Arbeitskampfstatistik durch die Bundesanstalt für Arbeit seit 1983, ANBA 2/1984, 85–87.
- Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (1976). Schreiben vom 23. März 1976 Geschäftszeichen IIa1 – 21209, Kopie im Besitz des Autors.
- Carlier, A. (2008). Mesurer les grèves dans les entreprises: des données administratives aux données d'enquêtes. Document d'étude de la Dares No. 139.
- Conrad, M. (1923). Die Neuordnung der Streikstatistik. Reichsarbeitsblatt, nichtamtlicher Teil, 2, 36–38.
- Deutscher Bundestag (2015). Entwurf eines Gesetzes zur Tarifeinheit. Drucksache 18/4062, 20.02. 2015. Abgerufen von <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/040/1804062.pdf>
- Dribbusch, H. (2006). Arbeitskampf im Wandel: Zur Streikentwicklung seit 1990. *WSI-Mitteilungen*, 59 (7), 382–387.
- Dribbusch, H. (2008). Streiks in Deutschland – Rahmenbedingungen und Entwicklungen ab 1990. In WSI (Hrsg.), *WSI-Tarifhandbuch 2008* (S. 55–85). Frankfurt/M.: Bund-Verlag.
- Dribbusch, H. (2017). Arbeitskämpfe in schwierigen Zeiten – zur Streikentwicklung im Dienstleistungssektor In I. Artus, P. Birke, S. Kerber-Clasen & W. Menz (Hrsg.), *Sorge-Kämpfe: Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen* (S. 301–303). VSA: Hamburg.
- Dribbusch, H. (2018). WSI-Arbeitskampfbilanz 2017. WSI-Policy Brief Nr. 22, März 2018. Abgerufen von https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_22_2018.pdf
- Dribbusch, H. & Vandaele, K. (2015, June). A lost cause? The trouble with comparing strike data in Europe. III Internationale Conference Strikes & Social Conflicts, Barcelona.
- Dribbusch, H. & Vandaele, K. (2016a). Comparing official strike data in Europe – dealing with varieties of strike recording. *Transfer: European Review of Labour and Research*, 22 (3), 413–418. doi: 10.1177/1024258916658812

- Dribbusch, H. & Vandaele, K. (2016b, March/April). Who's afraid of strikes? The shifting fortunes of strike recording in Belgium and Germany. 11th European Social Science History Conference, Valencia.
- Franzosi, R. (1989). One hundred years of strike statistics: methodological and theoretical issues in quantitative strike research. *Industrial and Labor Relations Review*, 42 (3), 348–362.
doi: 10.1177/001979398904200302
- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (1986). Die Streiks im Jahr 1895. *Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, 35, 169–171.
- Gesamtmetall (2017). M+E Materialien: Die Tarifrunden in der Metall- und Elektro-Industrie seit 1990 (Tarifarchiv): Wichtige Informationen und Kennzahlen. Abgerufen von https://www.gesamtmetall.de/sites/default/files/downloads/broschuere_-_tarifentgelte_1990-2017.pdf
- Heiss, C. (1902). Die deutsche Streikstatistik [sic]. *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik*, 17, 150–168.
- Hulden, V. (2013). Three cheers for data! Interviews with Beverly Silver and Sjaak van der Velden. *Workers of the World*, 1 (2), 231–247.
- Hürtgen, R. (2001). „Keine hatte Ahnung von Demokratie, im Betrieb sowieso nicht.“: Vom kollektiven Widerstand zur Eingabe oder Warum die Belegschaften 1989 am Anfang eines Neubeginns standen. In B. Gehrke & R. Hürtgen (Hrsg.), *Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannte Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokument* (S. 183–204). Berlin: Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung.
- Hyman, R. (1972). *Strikes*. London: Fontana.
- ILO (1926a). *Methods of compiling statistics of industrial disputes*, Studies and Reports, Series N (Statistics) 9, Geneva, ILO.
- ILO (1926b). *The third international conference of labour statisticians*, Studies and Reports, Series N (Statistics) 12, Geneva, ILO.
- ILO (1993). *Resolution concerning statistics of strikes, lockouts and other action due to labour disputes*, adopted by the Fifteenth International Conference of Labour Statisticians. Abgerufen von <http://www.ilo.org/public/english/bureau/stat/download/res/strikes.pdf>
- Kalbitz, R. (1972a). *Die Arbeitskämpfe in der BRD: Aussperrung und Streik 1948–1968* (nicht veröffentlichte Dissertation), Ruhr Universität Bochum, Bochum.
- Kalbitz, R. (1972b). *Die Streikstatistik in der Bundesrepublik*. Gewerkschaftliche Monatshefte, 8, 495–505. Abgerufen von <http://library.fes.de/gmh/jahresin.html>
- Kalbitz, R. (1973). Die Entwicklung von Streiks und Aussperrungen in der BRD. In O. Jacobi & W. Müller-Jentsch (Hrsg.), *Gewerkschaften und Klassenkampf: Kritisches Jahrbuch 1973* (S. 163–176). Berlin: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Klausner, E. (1925). Die Stellung des Arbeitsnachweises im Koalitionskampf. In W. Kaskel (Hrsg.), *Koalitionen und Koalitionskampfmittel* (S. 131–135). Berlin, Heidelberg: Springer.
doi: 10.1007/978-3-642-50709-0_18
- Kocher, E., Kädler, J., Voskamp, U. & Krüger, L. (2017). Noch verfassungsgemäß? Fernwirkungen bei Arbeitskämpfen in der Automobilindustrie und die Verfassungsmäßigkeit des § 160 Abs. 3 SGB III. *HSI-Schriftenreihe Band 19*. Bund-Verlag: Frankfurt a. M.
- Lesch, H. (2017). Internationaler Arbeitskampfvergleich, IW-Kurzberichte 71.2017. Abgerufen von https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/362204/IW-Kurzbericht_71_2017_Internationaler_Arbeitskampf.pdf
- Lyddon, D. (2007). Strike statistics and the problems of international comparison. In S.v.d. Velden, H. Dribbusch, D. Lyddon & K. Vandaele (Hrsg.), *Strikes around the world, 1968–2005: Case-studies of 15 countries* (S. 24–39). Amsterdam: aksant.

- Meyer, M. (1909). Zur Reform der Streikstatistik. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 37 (3), 204–218.
- Morsch, G. (1992). Streiks und Arbeitsniederlegungen im Deutschen Reich 1936 und 1937. In H. Spode, H. Volkmann, G. Morsch & R. Hudemann (Hrsg.), *Statistik der Arbeitskämpfe in Deutschland: Deutsches Reich 1936/37, Westzonen und Berlin 1945–1948, Bundesrepublik Deutschland 1949–1980* (S. 3–89). St. Katharinen: Scripta Mercaturae.
- Müller-Jentsch, W. (1997). *Soziologie der Industriellen Beziehungen: Eine Einführung* (2. Auflage). Frankfurt am Main/New York: Campus-Verlag.
- Piazza, J. A. (2005). Globalizing quiescence: globalization, union density and strikes in 15 industrialized countries. *Economic and Industrial Democracy*, 26 (2), 289–314.
doi: 10.1177/0143831X05051518
- Schneidmesser, L. & Kilroy, J. (2016a). Der Streikmonitor. *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 27 (106), 160–170.
- Schneidmesser, L. & Kilroy, J. (2016b). Streikmonitor: Die Arbeitskonflikte im ersten Halbjahr 2016. *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 27 (108), 145–158.
- Schneidmesser, L., Widon J. & Kilroy, J. (2017). Streikmonitor: Arbeitskonflikte im Jahr 2016. *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 28 (110), 129–143.
- Shalev, M. (1978). Lies, Damned Lies and Strike Statistics: the Measurement of Trends in Industrial Conflict. In C. Crouch & A. Pizzorno (Hrsg.), *The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968: Volume 1: National Studies*. Palgrave Macmillan (S. 1–19). London: Palgrave Macmillan UK. doi: 10.1007/978-1-349-03022-4_1
- Silver, B. J. (2003). *Forces of labor: Workers movements and globalization since 1870*. New York: Cambridge University Press. doi: 10.1017/CBO9780511615702
- Spode, H. (1992). Arbeitskämpfe in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1980. In H. Spode, H. Volkmann, G. Morsch & R. Hudemann (Hrsg.), *Statistik der Arbeitskämpfe in Deutschland: Deutsches Reich 1936/37, Westzonen und Berlin 1945–1948, Bundesrepublik Deutschland 1949–1980* (S. 299–548). St. Katharinen: Scriptae Mercaturae.
- Spode, H., Volkmann, H., Morsch, G. & Hudemann, R. (Hrsg.). (1992). *Statistik der Arbeitskämpfe in Deutschland: Deutsches Reich 1936/37, Westzonen und Berlin 1945–1948, Bundesrepublik Deutschland 1949–1980*. St. Katharinen: Scriptae Mercaturae.
- Tenfelde, K. & Volkmann, H. (Hrsg.). (1981). *Streik: Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung*. München: Beck.
- Tilly, C. (1995). Contentious repertoires in Great Britain, 1758–1834. In M. Traugott (Hrsg.), *Repertoires and Cycles of Collective Action* (S. 15–32). Durham and London: Duke University Press.
- Velden, S. v. d. (2003). Strikes in global labor history: The Dutch case. *Review (Fernand Braudel Center)*, 26 (4), 381–405.
- Velden, S. van der, Dribbusch, H., Lyddon, D. & Vandaele, K. (Hrsg.). (2007). *Strikes around the world 1968–2005: Case-studies of 15 countries*. Amsterdam: Aksant.
- ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg (Hrsg.). (2006). *Unser Streik 2006: Streikdokumentation Landesbezirk Baden-Württemberg*. Stuttgart.
- Volkmann, H. (1978). Modernisierung des Arbeitskampfes? Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864–1975. In H. Kaelble, H. Matzerath, H.-J. Rupieper, P. Steinbach & H. Volkmann (Hrsg.), *Probleme der Modernisierung in Deutschland* (S. 110–170). Opladen: Westdeutscher Verlag.